

Wasserstoff frisst zu viel Energie

Erneuerbare Energie Der Kanton Thurgau kann das Problem der Stromüberschüsse nicht mit der Umwandlung in Wasserstoff lösen. Diese Speichertechnik ist gemäss einer Studie noch weit entfernt von einem wirtschaftlichen Einsatz.

Thomas Wunderlin
thomas.wunderlin@thurgauerzeitung.ch

Solarstrom kann ohne Zwischenspeicher nicht zur nächtlichen Beleuchtung verwendet werden. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien stellt sich deshalb zunehmend die Frage, wie diese gespeichert werden können. Antworten liefert ein letzter Woche vom Regierungsrat veröffentlichter Grundlagenbericht zur Situation im Thurgau. Grosse Hoffnungen werden auf Wasserstoff und Methan gesetzt. Theoretisch kann mithilfe der beiden Gase der Klimawandel gestoppt werden, wenn sie mit erneuerbarer Energie produziert werden. Das Prinzip ist einfach. Wasser kann mit Hilfe von Strom in Wasserstoff und Sauerstoff gespalten werden. Kommt zum Wasserstoff Kohlendioxid dazu, wird daraus Methan, auch als Erdgas bekannt. Gespeichert werden könnte es im Netz der Erdgas Ostschweiz. Mit Erdgas kann man heizen, Auto fahren oder einen Generator betreiben.

Bis zu 80 Prozent Verlust bei der Gasspeicherung

Der Bericht beziffert das Speicherpotenzial auf 3,3 Prozent des jährlichen Stromverbrauchs im Thurgau. Allerdings ist die Energieeffizienz dieses Verfahrens sehr gering. Bis zu 80 Prozent des eingesetzten Stroms gehen verloren. Gemäss dem Bericht ist die Umwandlung in Wasserstoff, Methan und auch in Methanol noch «weit entfernt von einem wirtschaftlichen Einsatz». Als Beispiel wird der vom Grossverteiler Coop betriebene weltweit erste Wasserstofflastwagen erwähnt. Betankt wird er im aargauischen Hunzenschwil. Eine Brennstoffzelle wandelt den Wasserstoff in Strom um, der den Elektromotor antreibt. Die Betriebskosten des Wasserstofflastwagens sind vergleichbar mit einem konventionellen Diesel-



Coop betreibt seit 2016 eine Wasserstofftankstelle im aargauischen Hunzenschwil.

Bild: Gaëtan Bally/Keystone

lastwagen. Allerdings sind Fahrzeuge mit Brennstoffzellen von der Mineralölsteuer und der Schwerverkehrsabgabe befreit. «Bei einer breiten Anwendung würden plötzlich grosse Einnahmen für die Aufrechterhaltung der Verkehrsinfrastruktur wegbrechen», warnen die Verfasser des Berichts. Ausserdem beruht die Wirtschaftlichkeit auf sehr tiefen Stromkosten von 4 Rappen pro Kilowattstunde.

Im Gegensatz zu Gas weisen Batterien eine sehr hohe Energieeffizienz auf: Sie geben bis zu 95 Prozent des eingespeisten Stroms wieder ab. Die Kosten sind mit 30 Rappen pro Kilowattstunde hoch; sie sollen bis 2025 auf unter 20 Rappen pro Kilowattstunde sinken. Beim Einsatz in Fahrzeugen liegt der Nachteil der Batterien

vor allem in ihrem hohen Gewicht.

Der Regierungsrat sieht sich durch den Grundlagenbericht in seiner Energiepolitik bestätigt. Bei einem Überangebot an Strom aus erneuerbaren Energien setzt

er auf kostengünstige Möglichkeiten wie die Steuerung des Stromverbrauchs, die Abschaltung von Spitzenlieferungen und die Verwendung vorhandener dezentraler Batteriespeicher. Ein Teil der Empfehlungen des Be-

richts wird laut Regierungsrat bereits umgesetzt, so die Installation von Wärmepumpen und Batteriespeichern. Der Kanton prüfe bei der Beschaffung von Fahrzeugen, ob Elektrofahrzeuge eingesetzt werden könnten. Zudem sei

ein Bericht zur E-Mobilität in Erarbeitung. Der Energiespeicher-Bericht geht auf einen Antrag von Stefan Leuthold zurück. Der Frauenfelder GLP-Kantonsrat ist zufrieden mit dem Resultat. Der Bericht sei «nötig und wichtig». Jetzt sei die Behauptung widerlegt, dass erneuerbare Energien das Stromnetz aus dem Gleichgewicht brächten. Der Bericht komme vielleicht zwei, drei Jahre zu früh. In naher Zukunft werde es noch höhere Stromüberschüsse geben. Schade sei es, dass die Umwandlung von Strom in Gas so teuer sei, «wenn der Energiepreis so tief ist wie jetzt». Der Thurgau könne nicht allein Benzin und Diesel durch Wasserstoff ersetzen. Dafür würde es laut Leuthold eine nationale Lenkungsabgabe brauchen.

Noch ein Energiebericht

Bodensee Zwei Thurgauer SVP-Kantonsräte und 56 Mitunterzeichner wollen Genaueres über die Möglichkeit erfahren, Energie mit Wärmepumpen aus dem Bodensee und dem Rhein zu gewinnen. Der Regierungsrat soll beauftragt werden, einen Bericht

zu erstellen. Dieser soll in Zusammenarbeit mit dem Kanton St. Gallen erarbeitet werden, weshalb dort am 23. April ein gleichlautender Vorstoss eingereicht wurde. Auch Deutschland und Österreich sollen einbezogen werden. Die Antragsteller, Hans-

peter Gantenbein und David Zimmermann, stammen aus Wuppenau respektive Braunau. Beide Orte liegen am Nollen weit weg vom See und sind als Standorte von Windkraftanlagen geeignet, wogegen man sich vor Ort jedoch wehrt. (wu)

Sozialhilfe unter der Lupe

Fragen Die beiden SVP-Kantonsräte Pascal Schmid und Urs Martin wollen Transparenz bei den Langzeit-Sozialhilfebezügern.

Zwar garantiere die Bundesverfassung jedem in der Schweiz lebenden Menschen einen Anspruch auf Hilfe in Notlagen, schreiben die SVP-Kantonsräte Pascal Schmid (Weinfelden) und Urs Martin (Romanshorn) in ihrer Interpellation. Doch sehe die Verfassung auch vor, dass jedermann Verantwortung für sich selber wahrnehme und nach seinen Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft beitrage. «Die Realität sieht leider zunehmend anders aus», finden Schmid und Martin. Nicht selten handle es sich bei Sozialhilfebezügern «um Auslän-

der, denen das Aufenthaltsrecht entzogen werden könnte».

Wie viele Personen und wie viel Geld

Mit ihrem Vorstoss möchten die Kantonsräte gegenüber der Öffentlichkeit Transparenz herstellen. Sie fragen nicht nur nach der Anzahl Personen, welche seit mehr als zwei, fünf beziehungsweise zehn Jahren durchgehend Geld von der Sozialhilfe erhalten, sondern auch nach der Höhe der Unterstützung pro Person und Jahr. Weiter soll der Regierungsrat über den Anteil an Ausländern informieren und darüber, wie vie-

le unter ihnen «vorher nie oder nicht länger als zwei Jahre Steuern bezahlt haben».

Wissen wollen die Parlamentarier ferner, wie vielen Ausländern, die seit mehr als einem Jahr sozialhilfeabhängig sind, in den letzten Jahren trotzdem die Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung erteilt beziehungsweise diese nicht widerrufen worden ist. Eine weitere Frage zielt auf das Ausmass des Familiennachzugs bei sozialhilfeabhängigen Ausländern ab.

Christian Kamm
christian.kamm@thurgauerzeitung.ch

Lohnleichheit: Druck auf Kanton wird erhöht

Politik Die SP-Kantonsrätinnen Nina Schläfli (Kreuzlingen) und Sonja Wiesmann (Wigoltingen) nehmen einen neuen Anlauf. Nachdem der Regierungsrat im Dezember 2017 auf ihre Einfache Anfrage geantwortet hatte, dass er die «Charta der Lohnleichheit im öffentlichen Sektor» nicht unterschreiben will, schiessen sie einen neuen Vorstoss nach: Den Antrag «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» haben 31 Kantonsrätinnen und Kantonsräte mitunterzeichnet. Damit soll der Thurgauer Regierungsrat beauftragt werden, die Charta doch noch zu unterzeichnen. Ferner soll er über die Einhaltung der Lohnleichheit regelmässig Bericht erstatten. Im neuen Vorstoss

argumentieren die Politikerinnen, dass die Lohnleichheit von Mann und Frau auch 36 Jahre nach deren Verankerung in der Verfassung noch nicht überall Realität sei. Sie halten zwar fest, dass die Situation in der kantonalen Verwaltung besser sei als anderswo. «Mit bis zu 3,9 Prozent Lohndifferenz aber immer noch ungenügend.» Diese Zahl stammt aus einer Überprüfung des Kantons aus dem Jahr 2012, sie klammert Lehrpersonen aus. Der Regierungsrat hielt im Dezember fest, dass sich der Kanton unter der vom Bund definierten Toleranzschwelle von fünf Prozent bewege. Die Politikerinnen finden aber, der Kanton solle mit gutem Beispiel vorangehen. (seb)

FDP unterstützt Ogg einstimmig

Nomination Die Thurgauer FDP-Fraktion unterstützt einstimmig die Kandidatur von Marcel Ogg für das Präsidium des Obergerichts. Die Kantonsräte der FDP sind überzeugt, dass sich mit dem 46-jährigen Frauenfelder Oberrichter und ehemaligen Staatsanwalt ein fachlich und menschlich bestens ausgewiesener Kandidat für diese wichtige Führungsposition zur Wahl stellt, heisst es in einer Mitteilung. Die Wahl des Nachfolgers oder der Nachfolgerin von Obergerichtspräsident Thomas Zweidler, der Ende September in Pension gehen wird, erfolgt am 23. Mai durch den Grossen Rat. Zur Wahl steht auch Anna Katharina Glauser Jung (SVP). (red)